Antifaschistische Aktion

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

Wehrt euch und kämpft!
Rebellion ist gerechtfertigt!

Monatliches Infoblatt des Revolutionären Aufbaus · *revaufbau.wordpress.com* · Februar 2015 • No 10 • 0.5€

Heraus zum 8.März - dem Internationalen Frauenkampftag!



• Was auch immer die Herrschenden von der angeblichen Emanzipation der Frauen daherreden, welche "Maßnahmen" sie auch setzen - die imperialistische herrschende Klasse hat bewiesen, dass sie der Frau keine Emanzipation geben kann!

Wir wissen, dass eine Angleichung der Arbeiterin an den Arbeiter, das formelle gleiche Recht, uns vielleicht gleichberechtigt ausbeutet, jedoch sicher nicht emanzipiert!

...mehr auf Seite 10,11,12



Liebe Leserinnen und Leser,

die letzten Monate waren eine Zeit der antifaschistischen Aktionen! In Wien und Linz wurde bewiesen, dass es viel Gegenwehr gegen eine faschistische Bewegung wie PEGIDA in Österreich gibt und vor allem, dass es AntifaschistInnen gibt, die sich aktiv, auch an nicht "offiziellen" Protesten beteiligen!
Dass PEGIDA auch international Niederlagen einstecken musste, ist natürlich gut, doch wir dürfen uns auch nicht täuschen lassen. PEGIDA allein, macht noch keinen Faschismus aus.

Beteiligt euch bei Aktionen, bleibt aktiv und organisiert euch - klassenbewusst und unabhängig vom bürgerlichen Staat und seinen Institutionen!

Im März/April wird es neben Aktionen zum Frauenkampftag auch Demonstrationen gegen die herrschende Asylpolitik, gegen den imperialistischen Krieg und Militarismus, und für die Freiheit politischer Gefangener geben. Auf unserer Homepage werden Informationen folgen.

Arbeiterinnen und Mädchen: Am 8.März ist euer Kampf- und Feiertag!
Begeht ihn mit erhobener Faust, kämpft für eure Zukunft und haltet unsere Vorkämpferinnen hoch.

eure Redaktion

KONTAKT
revaufbau.wordpress.com
rev.aufbau@gmx.at
Revolutionärer Aufbau (RA)
Stiftgasse 8, 1070 Wien

ABO

Es gibt die Möglichkeit die "antifaschistische Aktion" 11 Mal im Jahr per Post dirket nach Hause zu bekommen!
Kosten: 20 Euro
Bestellung an:
rev.aufbau@gmx.at

Staatsfeind Nr.1: Radikaler Islamismus ??

Gestern die Juden, heute die Muslime – wer ist schuld an Lohndrückerei, Armut und Krise?

Das neue Feindbild „Islamist“ ist nicht erst durch faschistische Masseninitiativen wie HoGeSa (Hooligans gegen Salafisten) oder PeGiDa (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) geschaffen worden. Vorausgegengen sind ihnen jahrelange (vor allem seit 9/11) Lügen und Hetze durch bürgerliche Medien, Politiker, Polizei usw. die jeglichen sozialen und politischen Widerspruch mit Masseneinwanderung, Radikalisierung oder „kulturellen Konflikten“ zu erklären versuchen.

Was anfangs mit einer demagogischen Kritik gegen Salafisten (besonders des IS) begann, beweist sich heute als durch und durch faschistische Weltanschauung. So sind in Österreich die Hauptangriffsziele von „Islamkritikern“ AsylantInnen, MigrantInnen, AntifaschistInnen, Linke, Obdachlose usw. Würden sie eine wirkliche und berechtigte Kritik am IS oder den Salafisten üben wollen, so würden sie schnell in krassen Widerspruch zu ihrer eigenen Weltanschauung gelangen. Eine Kritik am IS muss heute vor allem antiimperialistischen Charakter tragen, da er die Völker Syriens und des Iraks spaltet, an ausländische Mächte verkauft und es ebenso die mächtigen Länder Europas sind, die diesen Krieg anheizen und von dem grausamen Verwüstungsfeldzug des IS ihren Profit ziehen. Gleichzeitig werden in Österreich Flüchtlinge aus dem Irak, Syrien, Afghanistan,…zu tausenden abgeschoben und nur wenigen (bevorzugt Christen) davon Asyl gewährt.

Wer profitiert vom Antiislamismus?

Es ist kein Zufall, dass gerade jetzt rassistische Hetze und Mobilisierung vorangetrieben wird. Zorn und Rebellion der Bevölkerung sollen kanalisiert werden um sie davon abzuhalten sich für ihre eigenen Interessen zusammenzuschließen. Die realen Bedingungen der Bevölkerung, ob migrantisch oder nicht, verschlechtern sich zunehmend und jeder wirkliche Protest, sei es ein gewerkschaftlicher oder politischer Kampf wird ausgesessen oder niedergeschlagen. Seit den 90er Jahren sind in Österreich die Reallöhne um 14% gesunken, die Mietpreise (vor allem der Mietzins) sind explodiert, ebenso die Lebensmittel. Kurz, die Lebensbedingungen für die Mehrheit der Bevölkerung, jedoch hauptsächlich für die Arbeiter und Arbeiterinnen, haben sich enorm verschlechtert.

Wir sehen hier welches Täuschungsmanöver ihre Lüge vom Feindbild Islam ist, denn es sind die Monopolkonzerne, Unternehmer usw. die von ihr profitieren. Die Arbeiter und Migranten sollen weiter für sie billige Lohnarbeiter bleiben, das ist das einzige was für das Kapital zählt.

Die faschistischen Kräfte, egal welcher Spielart, ihrem Charakter nach sind sie jedoch jene Kräfte die in Krisenzeiten des Imperialismus für die Aufrechterhaltung dieses Ausbeutersystems sorgen und jegliche wirkliche fortschrittliche Bewegung behindern. Diesen Charakter tragen auch die islamistischen Faschisten. Doch sind diese in Österreich kein Hauptproblem.

Antirassismus und Antifaschismus bedeutet, wollen sie ihrem Zwecke treu bleiben, sich gegen die heutigen neuen faschistischen Ideologien und Organisationen zu stellen - und vor allem gegen ihr Rückrad, den österreichischen Staat. Ihre Aufgabe ist es, gegen Spaltung und für die Einheit der Arbeiter und Arbeiterinnen zu kämpfen.

Stoppt die anti-muslimische Hetze! Für das demokratische Recht auf Religionsausübung!

Als konsequente Demokraten und Revolutionäre müssen wir für Gleichberechtigung, für demokratische Rechte auf Religionsfreiheit und Religionsausübung ohne Privilegien und Benachteiligungen eintreten! Das bedeutet mehr Rechte für unterdrückte Religionen und eine Einschränkung der privilegierten christlich-katholischen Macht. Das bedeutet gerade heute, für die demokratischen Rechte von Muslime und gegen kultur-chauvinistische Hetze der imperialistischen Staaten und Faschisten einzutreten. Unabhängig unserer eigenen Weltanschauung.

Für die Rechte der Arbeiterklasse und Volksmassen !

WIEN/LINZ: PEGIDA Aufmärsche erfolgreich bekämpft!

“Hier regiert die Antifa!“ Mit dieser Parole wurden die PEGIDA Demonstranten bereits zweimal in Linz am Bahnhof verabschiedet.



In Wien und Linz wurde PEGIDA bereits zweimal am Marschieren gehindert, das letzte Mal (am 21.2.) konnte sie in Linz dank großem Polizeieinsatz eine kleine Route gehen. Jedes Mal PEGIDA waren etwa zehn mal so viel AntifaschistInnen auf der Straße!

Vor allem in Linz führten die letzten Demonstrationen zu einem Aufschwung der antifaschistischen Bewegung. Nicht nur, dass kontinuierlich verhältnismäßig viele Leute auf die Straße gingen, es wurd auch wesentlich aktiver und kämpferischer als in den Jahren davor demonstriert und blockiert.

Nach den Anti-WKR Ball- und Anti-PEGIDA Protesten in Wien, den antifaschistischen Protesten in Graz, ist das durchaus aus ein weiterer Erfolg, gegen die rassistische und faschistische Bewegung in Österreich!

Der Aufschwung der antifaschistischen Bewegung in Österreich muss vor allem genutzt werden, um die Bewegung einen Schritt vorwärts zu bringen. Pazifismus und Vertrauen auf den bürgerlichen Staat (samt seinen Parteien und Institutionen), bringen uns im Kampf gegen Faschismus nicht weiter. Im Gegenteil, die Polizei sieht zu, wenn AntifaschistInnen verprügelt werden, oder verteidigt die Faschisten offen (wir erinnern uns an den WKR-Ball). Wir haben auch gesehen, dass PEGIDA ein gewisses faschistisches Gewaltpotential mobilisieren kann (in Deutschland reichte das bis zum rassistischen Mord). Und darauf muss sich die antifaschistische Bewegung auch vorbereiten. Bei den bisherigen Niederlagen von PEGIDA müssen wir, um nicht überrascht zu werden, davon ausgehen, dass sich das faschistische Gewaltpotential gesteigert hat – und nun vor allem AntifaschistInnen ins Visier kommen.

„Hier regiert die Antifa!“ war eine Kampfansage, dahinter darf die antifaschistische Bewegung nicht mehr zurückfallen!

[die gesamten Berichte zu den Demonstrationen in Wien und Linz können auf der Homepage nachgelesen werden.]

Lasst euch nicht einschüchtern durch Vermummungsverbote oder Hetze gegen den sogenannten “Black Block”. Es macht Sinn sich auf Demonstrationen gleich zu kleiden und sein Gesicht nicht von jedem Faschisten fotografieren zu lassen!

Bildet antifaschistische Selbstverteidigungskomitees!

Kampf dem Faschismus: Für volles Demonstrations- und Streikrecht!

Keine Kriminalisierung von Antifaschismus!

Schluss mit dem angeblichen Klassenfrieden!

Kein Vertrauen auf die Polizei, bürgerliche Justiz oder bürgerliche Parteien! Wir brauchen eine vollständig eigenständige, klassenbewusste und kämpferische Organisation! Hinein in den Revolutionären Aufbau!

Schweden

Sieg gegen die Pegida-Demonstration in Malmö

Ein Drittel der Bevölkerung von Malmö sind Migranten. Pegida, die immer wieder versucht hat, die deutsche Grenze zu überwinden und ihre faschistische Hetze in anderen Ländern Europas zu verbreiten, hat auch in Malmö eine Kundgebung organisiert. Die Organisatoren dieser Kundgebung waren auch die einzigen, die sich daran beteiligt haben und sie bekamen durch eine große antifaschistische Demonstration eine Antwort vom schwedischen Volk und den Migranten, die dort leben. 3.000 Demonstranten haben es geschafft 20 Pegida-Anhänger, geschützt von vielen Polizisten, für 3 Stunden einzukreisen, bis die Pegida-Kundgebung sich auflösen musste. Der Sieg der antifaschistischen Bewegung in Malmö ist auch klar im Foto zu sehen.



Impressionen eines Arbeiters in der Gastronomie

Weihnachten ist vorbei, Zeit eine Bilanz zu ziehen.

Wir, ein gastronomisches Großunternehmen bestehend aus Restaurant und Freizeitcenter unter einem Dach in einem Ort in der österreichischen Provinz –_ mit Rund 40 Mitarbeitern, die sich zu großen Teilen aus Ostdeutschen und „Restösterreichischen“ Arbeitern zusammenstellen, stehen exemplarisch für ein westösterreichisches Erfolgsunternehmen. Unsere Herren besitzen über 10 Firmen in Österreich. Ihnen direkt unterstellt sind jeweils Betriebsleiter die wiederum Firmenanteile besitzen. Die Jahresumsätze der einzelnen Unternehmen belaufen sich auf Millionenhöhe. Abteilungsleiter bilden das mittlere Management, welche Großteils das Tagesgeschäft leiten. Darunter die breite Masse an Arbeitern. Die Hierarchien sind allgegenwärtig.

15. November
Die Ziele sind gesteckt, das einheitliche Firmenmotto für die diesjährige Weihnachtssaison lautet Leistungssteigerung. Die alljährliche Urlaubssperre wurde verhängt, nun geht es ums Ganze. Alle wissen, die nächsten 6 Wochen werden die Hölle. Wir bleiben gespannt…

17.November
Die Reservierungscomputer gehen über, täglich müssen zahlreiche neue Anfragen bearbeitet werden, die Provinz ist in Stimmung und der Druck steigt ständig. Bis zu 15 Weihnachtsfeiern täglich müssen bekocht, bedient und rundum verwöhnt werden.

20. November
Das erste große Wochenende steht bevor, jeder ist gestresst und die zu brechenden Umsätze der Vorjahre werden wie kapitalistische Mantras rezitiert. Jeder Fehler wird hart bestraft, zu wichtig ist dieses große Geschäft.

23. November
Ein Gast, der schon bekannt ist, der schon öfters wegen Wiederbetätigung vor Gericht saß, macht wieder einmal Witze über den Holocaust. Antifaschistische Mitarbeiterinnen fordern diesen daraufhin auf sich zusammenzureißen oder das Lokal zu verlassen. Für ihr couragiertes Auftreten werden sie daraufhin von ihrem Vorgesetzten mit den Worten „Wenn euch was nicht passt, könnt ihr euch ja schleichen“ zurechtgewiesen. Der Gast sei immerhin Konsument, „der kann sagen was er will“. Drei konsumierte Biere sind offenbar wertvoller als Menschenwürde und Ethik.

28. November
Der Wahnsinn nimmt seinen Lauf, zehntausende umgesetzte Euros später und noch immer ist kein Ende in Sicht. Sämtliche Mitarbeiter sind sichtlich erschöpft. Das Überstundenbarometer_ ist am durchdrehen. Gutbürgerliche Bewohner unseres beschaulichen Alpenstädtchens lassen an uns ihren angestauten Frust aus. Beschwerden und Demütigungen stehen an der Tagesordnung. Keifende ältere Herrschaften belästigen und begrabschen die zum Teil blutjungen Mitarbeiterinnen. Das alles wird kommentarlos von der Führungsebene toleriert, denn das Business steht an erster Stelle.

6. Dezember
Halbzeit. Unsere Weihnachtsgehälter wurden überwiesen. Natürlich nicht vollständig. Auf wiederholtes Nachfragen bekommen wir eine ominöse Steuer erklärt, die unsere Gelder bis zu fünfzehn Prozent fressen soll. Für einige der mit 30 Stunden beschäftigten und alleinerziehenden Arbeiterinnen bedeutet dies folgende Rechnung: 900 Euto netto Gehalt x2 = 1800 Euro – 15% = 1530 Euro bei maximaler Überstundenbelastung. Was nach einem Textbeispiels einer Mathemathikschularbeit der 5. Schulstufe klingt, bedeutet für diese Frauen 270 Euro weniger für ihre Kinder und deren Weihnachtsfest. Doch niemand beschwert sich laut, zu hoch ist die Angst gekündigt zu werden. Zu existenziell die Abhängigkeit.

13. Dezember
Es läuft nicht ganz wie geplant. Langsam zeichnet sich ab was einige schon befürchtet haben: das Geschäft läuft schlechter in diesem Jahr als in den beiden Jahren zuvor. In der Bar wird eine Liste mit den Umsatzsummen der letzte Jahre zum jeweiligen Datum ausgehängt. Der Alkoholkonsum einiger Kollegen wird exzessiv. Zu hoch ist der Druck, zu gewaltig die Ansprüche unserer Herren. Einige von uns arbeiten mittlerweile 6 Tage die Woche und täglich wird versucht alles zu geben. Während wir die ansässige Bürgerschaft hofieren und unsere Chefs mit ihren Kindern die Vorweihnachtszeit genießen oder den nächsten Skiurlaub planen, arbeiten wir bis zur Erschöpfung.
So mancher spricht von Burn-out, Nervenzusammenbruch und Ähnlichem. Die Kinder der Arbeiter-innen werden vernachlässigt dafür aber die royale Familie beim Sonntagsausflug im eigenen Betrieb bis zur Lächerlichkeit verwöhnt.

21. Dezember
Der Dienstplan für die Weihnachtswoche hängt. Niemand von uns ist wirklich zufrieden damit.



Bis zum 23. Dezember wird noch einmal alles gegeben. Gnädigerweise haben die meisten von uns an Weihnachten frei bekommen, natürlich nicht als Bonus sondern anstatt eines regulären freien Tags. Arbeiten müssen am 24. Dezember nur vier junge Mütter die das Mittagsgeschäft im Restaurant leiten, so wie Köche aus Ostdeutschland. Hier wird Familienfreundlichkeit groß geschrieben. Die beiden Feiertage darauf sind wieder normale Arbeitstage für alle. Ich selbst jongliere meine Dienste um in Wechselschicht mit meiner Frau, um das Kind Zuhause zu betreuen. Das heißt Dienst für mich von 13h bis 24h. Für meine Frau (die in einer Bar arbeitet) von 18h bis 06h. Um unser Kind lückenlos zu betreuen muss auch noch meine Schwägerin einspringen. Organisatorische Meisterleistungen sind gefragt um Arbeitgeber und Familie ausreichend zu befriedigen.

31. Dezember

Wir alle sind komplett am Ende, die Mehrheit von uns ist von Stress und Krankheiten gezeichnet. An Krankenstand oder Urlaub ist für die Meisten nicht zu denken. Wieder herrscht die Angst Schwäche zu zeigen und somit den Arbeitsplatz zu gefährden.

Dank für die letzten Wochen im Dienste der Firma sind nicht zu erwarten. Hundertausende erwirtschafteter Euros an kollektiver Arbeitsleistung sind nicht genug. Man hört, dass die gesetzten Ziele nicht zur Gänze erreicht wurden. Auch sind Gerüchte im Umlauf das bald einige Mitarbeiter entlassen werden sollen. Ich fühle mich stolz und gedemütigt zugleich. Stolz gemeinsam mit Kollegen hart gearbeitet und durchgehalten zu haben. Gedemütigt aufgrund des zu geringen geleisteten Widerstandes. Die stille Akzeptanz zum Arbeitsinstrument einer herrschenden, uns ausbeutenden Klasse geworden zu sein.

Doch wir lassen uns nicht brechen, Ziel muss es sein, solidarisch gegen diese Ungerechtigkeiten vorzugehen. Wir die arbeitende Masse haben das Recht und die Pflicht uns alle gemeinsam dagegen aufzulehnen, darüber zu sprechen und weiter zu kämpfen!

Solidarität, L.



BERICHT: Notschlafstellen-Protestaktion in Innsbruck

Gruppe „Resilienz“

Die Bedingungen für Wohnungslose Menschen verschärfen sich. Diesen Winter gab es bereits einen Todesfall auf Innsbrucks Straßen. Die einzige Notschlafstelle die für alle Menschen, unabhängig von Herkunft und Einkommen, zugänglich ist, ist überfüllt und jeden Tag müssen mehrere abgewiesen werden. Das heißt sie müssen draußen auf der Straße schlafen.

Unser Protest richtet sich gegen diese grausamen Umstände für Obdachlose Menschen, aber auch gegen die strukturellen Ursachen, die diese Umstände Hervorrufen. Die Mieten steigen und eine leistbare Wohnung zu finden, ist für viele Menschen ein Ding der Unmöglichkeit. Menschen werden lieber delogiert und vertrieben, anstatt angemessene Mietpreise zu garantieren! Stadtwohnungen gibt es praktisch keine und auf geförderte Wohnungen muss man mindestens 5 Jahre warten. Diese Umstände akzeptieren wir nicht! Deswegen fordern wir:

Ausbau der Notschlafstelle, ganzjährige Öffnung und Verbesserung der derzeitigen Verhältnisse!
Niederschwelliger Zugang für Wohnungslose ohne Zugangsvoraussetzungen!
Wohnraum, der für alle leistbar ist!
Ausbau des städtischen Wohnbaus!

Die Aktion ist gut verlaufen, es gab gute Gespräche und interessierte Menschen. Wir standen 4 Stunden in der Kälte und es wurde allen die grausame Tatsache bewusst, dass es vielen nicht möglich ist, nach 4 Stunden frieren, in ein warmes Zuhause zurückzukehren.

Eine Woche später war im Stattblatt eine Reaktion auf unsere Aktion: Ein Hetzartikel gegen ausländische „Sandler“. Die Aussage dahinter war, dass das Problem darin liegt, dass zu wenige Plätze für „unsere Sandler“ vorhanden wären, weil die Notschlafstelle mit Ausländern, vor allem wurden Rumänen genannt, überflutet sei. Das ist die Reaktion, die Spaltung der Wohnungslosen in „unsere“ und „fremde“. Aber wir lassen es nicht zu, dass den Missständen mit spalterischer Hetze begegnet wird. Wir werden uns weiter dafür einsetzen und weitere Aktionen setzen. Wir müssen dafür kämpfen, dass Wohnen für alle leistbar ist!

Für ein solidarisches Innsbruck, für Zusammenhalt in Tirol und überall!

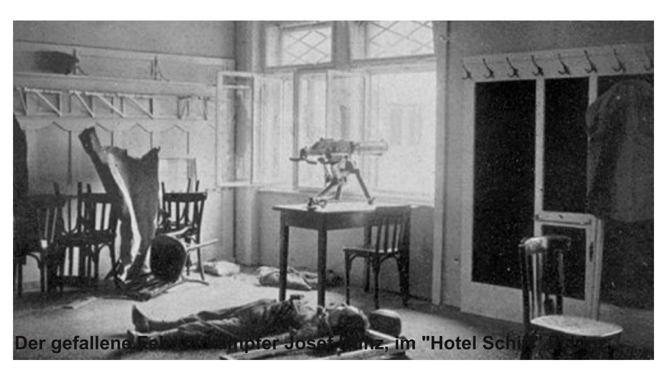


Nur wenn die Arbeiter sich zusammenschließen und für ihre Interessen kämpfen, wird sich etwas ändern! Kämpfen wir für eine generelle Mietsenkung, die Wohnen für uns Arbeiter wieder leistbar macht!

Kämpfe um die Rechte und die Macht der Arbeiterklasse!

Die bewaffneten Kämpfe der österreichischen ArbeiterInnen im Februar1934.

Am Morgen des 12. Februars 1934 krachten in der Linzer Landstraße laute Schüsse und Maschinengewehrsalven. Was war geschehen? Die Polizei drang um 06 Uhr 30 in das an der Landstraße gelegene “Hotel Schiff” ein, ein Linzer Arbeiterheim.



Diese Aktion war der Höhepunkt einer langen Entwicklung, in der immer mehr demokratische Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter zerschlagen und abgeschafft wurden. Ihre Gewerkschaften und Wehrverbände (wie der “Republikanische Schutzbund” und die “Arbeiterwehr”) waren zu diesem Zeitpunkt schon verboten, ebenso die Kommunistische Partei und ihre Jugendorganisation, darüber hinaus war das Parlament durch die faschistische Regierung aufgelöst.

Gleichzeitig zu den Verboten und Einschränkungen die gegen die Arbeiter erlassen wurden, stieg die Arbeitslosigkeit immer weiter. Not, Hunger und Elend regierten innerhalb der österreichischen Arbeiterschaft. “Wer sich wehrt, der bekommt eine auf’s Maul” war die Devise der damaligen faschistischen Regierung und dementsprechend handelte sie auch. An diesem 12. Februar in Linz war es dann endgültig genug. Die ArbeiterInnen im “Hotel Schiff” ließen sich nicht weiter wie räudige Hunde totschlagen und in den Dreck treten – sie wehrten sich! Die Polizei wurde bei ihrer Durchsuchung des Gebäudes und der Verhaftung eines Arbeiters unter Feuer gesetzt.

In Wahrheit jedoch wartete die faschistische Regierung auf einen Anlass wie diesen. Der Vizekanzler und Heimwehrführer (Die Heimwehr war eine paramilitärische Bewegung unter Führung der österreichischen Faschisten) Major Fey sagte schon am Vortag, dass man “morgen an die Arbeit gehen und ganze Arbeit leisten” werde. Er hielt Bundesheertruppen die ganze Nacht vom 11. auf 12. Februar in Bereitschaft, wartete also offensichtlich darauf, einen Vorwand zum Losschlagen zu finden. Doch selbst wenn Fey und andere Faschisten auf einen Vorwand warteten und diesen durch die Hausdurchsuchung im “Hotel Schiff” auch provozierten, kann natürlich nicht gesagt werden, dass es ungerechtfertigt gewesen sei sich zu wehren.

Im Gegenteil! Der einzige Weg, der den Arbeitern blieb war, dass sie das Gewehr in die Hand nahmen und sich erhoben – und zwar nicht nur gegen eine einzige Hausdurchsuchung, sondern gegen ein System welches sie im Elend ersticken lässt und ihnen auch die kleinsten Rechte nimmt.

Die meisten Arbeiterinnen und Arbeiter standen damals jedoch unter Führung der Sozialdemokratie, und die verriet den Aufstand auf hinterhältigste Weise. Führende Sozialdemokraten (wie Otto Bauer) setzten sich ins Ausland ab, Parteifunktionäre verhinderten die Kommunikation zwischen verschiedenen Orten des Kampfes – denn im Laufe des Tages wurde nicht nur in Linz gekämpft, sondern überall in Österreich (mit Ausnahme von Kärnten und Vorarlberg) entstanden Zentren des Arbeiterkampfes gegen die faschistische Diktatur.

Damit aber nicht genug. Auch ideologisch spielte des Sozialdemokratie des Faschisten in die Hände, denn kurz vor den Kämpfen veröffentlichte Otto Bauer einen Artikel, in dem er sich allgemein positiv zum “Ständestaat” (der Staatsordnung der Faschisten) bekannte.

Dass trotzdem gekämpft wurde, war nicht der Sozialdemokratischen Partei zu verdanken, sondern in erster Linie den Kommunistinnen und Kommunisten. Sie führten auch unter schlechten Bedingungen heldenhaft den Kampf gegen den Faschismus und waren verantwortlich dafür, dass auch viele bisher sozialdemokratische Arbeiter in der Stunde des Kampfes mit ihrer alten Partei brachen und



Gefallene Februarkämpfer in Wien Floridsdorf



Verhaftete Februarkämpfer in Wien Floridsdorf



Barrikaden beim Arbeiterheim in Ottakring

sich gegen den Willen der SP den Kämpfenden anschlossen. Natürlich hatte auch die KPÖ Fehler gemacht, nicht umsonst konnte der Aufstand nach wenigen Tagen niedergeschlagen werden, doch kämpfte sie damals noch fest entschlossen und voll revolutionärer Kraft gegen die Faschisten und die Verräter des Arbeiterkampfes.
Heute ist die KPÖ vollkommen an das System angepasst, sie ist eine kleinbürgerliche Wahlpartei, die den Wahlen und irgendwelchen Posten mehr Aufmerksamkeit schenkt als den Anliegen der Arbeiterklasse. Das ist die Realität. Die früher entschlossen kämpfende Kommunistische Partei Österreichs ist heute ein Verein, der in theoretischen Auseinandersetzungen selbst am oben erwähnten Otto Bauer durchaus "gute Seiten" findet. Es handelt sich bei der KPÖ nicht mehr um eine kommunistische Partei, die den Kampf der Arbeiterklasse gegen das Kapital führen kann, sondern um eine neuere Form der Sozialdemokratie.

Die Faschisten, die damals ArbeiterInnen ermorden ließen, waren bis weit nach 1945 fest in den Institutionen der Republik und der Kirchen verankert und bekleideten oft wichtige Posten. Nie wurden sie wirklich zur Rechenschaft gezogen. Und so wie in den Jahren vor 1934 der Faschismus einen immer deutlicheren Aufschwung erlebte, so nehmen heute (wenn auch unter anderen Umständen) faschistische Kräfte ebenfalls zu.

Gleichzeitig landen immer größere Teile der Massen im Elend, greift die Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit immer weiter um sich.
Schon lange war die Lage für die ArbeiterInnen nicht mehr so schlimm wie heute. Vor allem gegen die ArbeiterInnenbewegung sind auch Organisationen und Bewegungen wie die Identitären, PEGIDA und andere offen faschistische Kräfte gerichtet.
Sie wollen uns nach Herkunft, Hautfarbe, Kultur, usw. spalten und damit die einzige Kraft schwächen, die dem kapitalistischen (imperialistischen) System wirklich Widerstand entgegensetzen kann – die Arbeiterklasse! Mit diesen faschistischen Organisationen und Bewegungen aber nicht genug, versuchen der Imperialismus und alle seine Parteien die Arbeiterklasse ruhig zu halten indem sie in eine Unzahl verschiedener Institutionen, Organisationen, usw. einbezogen wird, die uns jedoch im Kampf nicht weiterbringen, sondern uns vom Klassenkampf ablenken – die uns vorgaukeln, dass wir nicht zu kämpfen brauchen, sondern dass es reiche mal das Parlament, mal die AK zu wählen. Dann, nachdem die Stimme abgegeben wurde, sei alles gut, wir werden nach Hause geschickt und alles Weitere wird über unsere Köpfe hinweg entschieden! Die Arbeiterinnen und Arbeiter haben nichts zu melden, sind vollkommen ohne Rechte und vor allem: ohne Macht!

Das ist ein Weg, der die Arbeiterklasse und alle konsequenten demokratischen Kräfte immer nur ins Verderben gestürzt hat, der sie ihrer letzten Möglichkeiten beraubt sich zu wehren und sie zu leichtester Beute für das Kapital macht. Was wir brauchen sind unabhängige, auf den Klassenkampf orientierte Organisationen die unsere gemeinsamen Kräfte organisieren und den Wiederaufbau einer wirklich Kommunistischen Partei voll und ganz unterstützen.
Die kämpferische Einheit aller entschlossenen AntifaschistInnen muss durch die Arbeiterinnen und Arbeiter selbst hergestellt werden, von unten, nicht durch Verhandlungen verschiedener Funktionäre angeblicher "Arbeiterorganisationen". Die Arbeiterklasse braucht keine Organisation, die dem parlamentarischen Schwindel glaubt, wir brauchen keine Organisation, die das Heil in den Institutionen der Zusammenarbeit mit den Herrschenden sieht. Was wir brauchen, ist eine Organisation die den Klassenkampf führt, die den Schwindel der Wahlen und die Entmündigung der Arbeiterklasse zerschlägt, die dem alten Weg der Anpassung die neue Ausrichtung auf die sozialistische Revolution entgegensetzt. Das sind wichtige zeitgemäße Lehren aus dem großen antifaschistischen Arbeiteraufstand im Jahr 1934, der Revolutionäre Aufbau kämpft mit aller Entschlossenheit darum, sie umzusetzen.

Kämpfe für die Rechte und die Macht deiner Klasse! Kämpfe mit uns, schließ dich an!

Deutschland

Nachstehend dokumentieren wir eine Presseaussendung der Gefangenengewerkschaft BO, zu aktuellen Geschehnissen der Repression gegenüber ihren Unterstützern.



Appell zur aktiven Gewerkschaftssolidaritaet inhaftierter und nicht inhaftierter Kolleg/innen

GG/BO-Rechtssekretär Mehmet Aykol im Visier der JVA-Leitung in Tegel

Presseerklärung

Appell zur aktiven Gewerkschaftssolidarität inhaftierter und nicht inhaftierter Kolleg_innen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Es gehört zur Leitlinie der Gefangenen-Gewerkschaft/Bundesweite Organisation (GG/BO), dass sie sich gegen Angriffe seitens der JVA-Leitungen und Justizbehörden politisch und juristisch zur Wehr setzt.

Seit unserer Gründung als so genannter nicht rechtsfähiger Verein nach §§ 21 i.V.m. mit 54 BGB im Mai 2014 haben verschiedene JVA-Leitungen den Versuch unternommen, unsere legitime Tätigkeit als gewerkschaftliche Selbstorganisierung von Inhaftierten u. a. durch Zellenrazzien, das Anhalten und Nicht-Aushändigen von GG/BO-Post sowie Einschüchterungen von potentiellen GG/BO-Mitgliedern zu blockieren. Gegen jede dieser Schikanen haben wir einen politisch-öffentlichen Gegendruck erzeugt und Verfahren vor Strafvollstreckungskammern der Landgerichte angestrengt, um die Unzulässigkeit solcher Einschränkungen unseres gewerkschaftspolitischen Engagements hinter Gittern feststellen zu lassen.

Unsere Verankerung und weitere Ausdehnung als GG/BO ließ sich durch dieses behördliche Vorgehen nicht verhindern. Im Gegenteil: Mit mehr als 420 Mitgliedern in etwa 40 Knästen dieser Republik zeigt der Trend unverkennbar weiter nach oben.

Die JVA Tegel ist jetzt dazu übergegangen, unseren Rechtssekretär, Mehmet Aykol, direkt ins Visier zu nehmen. Aykol stand kurz davor, nach über 18 Jahren Haft selbstständige Lockerungen zu erhalten, da sein bisheriger Lockerungsverlauf seit 2011 ohne jede Beanstandung war. Nun wird er vor die Wahl gestellt, entweder seine durch das Grundgesetz in Art. 9 Abs. 3 (Koalitionsfreiheit) gedeckte Aktivität als Bundesvorstandsmitglied der GG/BO niederzulegen oder aber seine bis dato gewährten Vollzugslockerungen einzubüßen. Darüber hinaus wird dem Kollegen Aykol in der aktuellen – von Aykols Sozialarbeiter Herrn Rodowski – verfassten Vollzugsplanfortschreibung faktisch mitgeteilt, dass eine weitere GG/BO-Aktivität eine zeitlich undefinierte Verwahrung hinter den Knastmauern bedeuten würde.

In der Fortschreibung seines Vollzugsplans, der vom Teilanstaltsleiter des Hauses V in der JVA Tegel, Herrn Stark, abgesegnet wurde, heißt es u. a.: “Bis Sommer 2014 schien Hr. A. in guter Anbindung mit dem Sozialdienst und der Hausleitung zu stehen. So schien er auch zielstrebig zu sein, was seine eigene Person betrifft. Letztlich verlor sich Hr. A. aber immer wieder selbst aus den Augen und widmete sich allgemeinen Projekten, welche nichts mit seinem individuellen Weiterkommen zu tun hatten (z.B. Mitbegründung einer Gefangenengewerkschaft).“

Bei seinen Ausführungsgenehmigungen hatte der Kollege Aykol wahrheitsgemäß angegeben, dass er seine Kinder besuchen und bei dieser Gelegenheit auch das Haus der Demokratie und Menschenrechte, welches der GG/BO als Anlaufstelle dient, aufsuchen wolle. Dies wurde nun durch den willkürlichen Eingriff der Anstaltsleitung durchkreuzt.

Offenbar zahlt es sich für einzelne Akteur_innen aus dem JVA-Apparat real aus, wenn sie eine Gewerkschaftszugehörigkeit eines Inhaftierten mit Sanktionen belegen. So avancierte Herr Rodowski vom einfachen zum leitenden Sozialarbeiter.

Der Sprecher der GG/BO, Oliver Rast, führt vor dem Hintergrund des neuerlichen Angriffs auf Aktive der GG/BO an: „Die JVA-Leitung in Tegel will an unserem Rechtssekretär, dem Kollegen Aykol, ein Exempel statuieren. An ihm soll regelrecht vorgeführt werden, dass die Vollzugsbehörde am längeren Hebel sitzt. Wir interpretieren den Angriff auf Mehmet als einen Angriff auf die GG/BO insgesamt.“ Weiter führt er aus: „Das Kalkül der Anstaltsleitung, den aktiven Rechtskampf der GG/BO durch die Schikanen gegen Mehmet lahm zu legen, wird indes nicht aufgehen. Wir werden uns keinesfalls durch eine solche Maßnahme ins Abseits drängen lassen.“

Eine grundgesetzlich verankerte Gewerkschaftstätigkeit von Inhaftierten förmlich sabotieren zu wollen, führt den Rechtsanspruch auf (Re-)Sozialisierung, wie er vom Bundesverfassungsgericht als herausragendes Ziel formuliert wurde, ad absurdum. (vgl. BVerfG E35, 202, 235) Gewerkschaften sind ein Ort der sozialen Begegnung und des zwischenmenschlichen Austauschs. Es finden Auseinandersetzun-

gen um die Bedingungen und Erfordernisse von Veränderungen in der Arbeitswelt unter den engagierten Gewerkschaftsmitgliedern statt. Diese Form der Ausbildung von sozialer Kompetenz befindet sich in völligem Einklang mit dem sog. Resozialisierungsgrundsatz aus § 2 StVollzG. Und da „[d]as Leben im Vollzug den allgemeinen Lebensverhältnissen soweit als möglich angeglichen werden soll“ (§ 3 Abs. 1 StVollzG), entspricht eine gewerkschaftliche Tätigkeit von Gefangenen im Rahmen einer Gewerkschaftsvereinigung exakt diesen Maßgaben aus dem StVollzG.
Was kann förderlicher im zwischenmenschlichen Ungang sein, als sich für ein solidarisches und progressives Innenverhältnis im Knast einzusetzen? Was kann förderlicher sein, als im Zusammenwirken mit sozialen Bewegungen vor den Anstaltstoren Bündnisse einzugehen, um für eine Angleichung von Sozialstandards drinnen und draußen zu streiten?
„Die GG/BO“, betont Rast, „appelliert eindringlich an (basis-)gewerkschaftliche Aktivist_innen im DGB, in der FAU und bei den Wobblies der IWW, um gegen diese im Kern gewerkschaftsfeindliche Attacke der Leitung der JVA Tegel die Stimme des Protests zu erheben.“ „Es wird eine positive Signalwirkung haben, wenn es durch eine praktisch gewordene Solidarität unter inhaftierten und nicht inhaftierten Kolleg_innen gelingt, behördlichen Willkürakten selbst einen Riegel vorzuschieben!“, so Rast abschließend.



Kampf der Repression und Willkür durch den bürgerlichen Staat und seine Handlanger!

Für das volle Recht auf gewerkschaftliche Betätigung - auch hinter Gitter!

Türkei

Große Proteste nach der Ermordung von Özgecan Aslan

Die Vergewaltigung und Ermordung der 20-jährigen Psychologiestudentin Özgecan Aslan durch einen Busfahrer am 11. Februar in Mersin hat große Proteste in der Türkei und in europäischen Städten wie London, Berlin, Frankfurt und Hamburg ausgelöst. Die Frauen in der Türkei erleben ihre Doppelunterdrückung in höchstem Grad. Ein Abgeordneter der Erdogan Partei hat festgestellt dass „der triebhaften männlichen Natur nur durch weibliche Schamhaftigkeit beizukommen ist“! Tausende Frauen zusammen mit Männern demonstrierten gegen Gewalt an Frauen, die in der Türkei für die Mädchen zwischen 14 und 44 Jahren die häufigste Todesursache ist (weder Unfälle noch Krebs!). Für die dreihundert Frauen, die allein im letzten Jahr ermordet wurden war oft der Verlobte, der Ehemann oder ein verwandter Mann der Täter. Der faschistische türkische Staat diskriminiert und unterdrückt die Frau im täglichen Leben. Die Vergewaltiger und Täter werden oft nicht verurteilt und es wird behauptet, dass auch die Opfer wegen ihres provokativen Aussehens (z.B. wenn sie Rock tragen) schuld sind. Die Frauen in der Türkei wollen nicht mehr schweigen und werden ihren Kampf gegen die Gewalt und ihre Rechte fortsetzen.



Istanbul: Der bewaffnete Kampf geht weiter

Im Januar 2015 gab es in Istanbul mindestens 5 große Schießereien mit der Polizei, bei denen die Beteiligten zumeist nicht verfolgt wurden. Im Fall des Anschlages auf İlhan Yıldırım, den Bruder des ehemaligen Verkehrsministers der Türkei, am 10. Februar 2015 im Stadtteil Çekmeköy, zu dem sich die Maoistische Kommunistische Partei (MKP) der Türkei bekannt hat, macht die Polizei keine Fortschritte. Der organisierte Anschlag scheiterte letztlich an technischen Fehlern.
Zudem gelang es einer Angehörigen der DHKP/C nach einem Angriff auf die Bullen am Taksimplatz Anfang Februar, zu flüchten, und sich bis jetzt einer Festnahme zu entziehen.

[Meldung übernommen von: demvolkedienen.wordpress.com]

Zur Geschichte des Internationalen Frauenkampftages



Am **8. März 1857** brach ein Streik von Textilarbeiterinnen in New York aus, der von der Polizei niedergeschlagen wurde. In Erinnerung an diesen Tag wird seit mehr als 150 Jahren am internationalen Frauenkampftag auf der ganzen Welt gefeiert und gekämpft.

Am **8. März 1908**, kämpften die Arbeiterinnen in New York mit der Parole „Brot und Rosen“ für die Sicherung ihrer Existenz (Brot) und eine besseres Leben (Rosen). Im August 1910 wurde die Einführung des Internationalen Frauentags von der „2. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz“ in Kopenhagen auf Initiative der Sozialistin Clara Zetkin beschlossen:
„Im Einvernehmen mit den klassenbewussten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats in ihrem Lande veranstalten die sozialistischen Frauen aller Länder jedes Jahr einen Frauentag, […] Der Frauentag muss einen internationalen Charakter tragen und ist sorgfältig vorzubereiten.“
So wurde der erste Internationale Frauentag am **19. März 1911** in mehreren europäischen Ländern, nämlich in Österreich-Ungarn, Dänemark, Deutschland und in der Schweiz offiziell gefeiert. Die Hauptforderungen waren zu dieser Zeit das Frauenwahlrecht und die Gleichberechtigung in der Arbeit.

Vor und während des 1. Weltkriegs hat sich eine Frauenbewegung gegen den Krieg entwickelt.
Im Jahre **1921**, wurde der 8. März von der "2. Kommunistischen Frauenkonferenz" festgelegt. Dieses Datum war auch zu Ehren der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenfrauen, die am **8. März 1917** (nach dem alten russischen Kalender am 23. Februar) streikten und dadurch eine massive Streikwelle im ganzen Land auslösten, was zur Februarrevolution führte.
Während der Zwischenkriegszeit kämpfte die Frauenbewegung gegen Krieg und Gewalt, für Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnabschläge, für regelmäßige Schulspeisung, für Mutter- und Schwangerschaftsschutz und das Recht auf legalen Schwangerschaftsabbruch.

In einem Flugblatt aus dem Jahr 1930 in Wien stand geschrieben: *„Das Ziel, wofür wir vor 20 Jahren kämpften, ist erreicht. Politisch gleichberechtigt sind die Frauen geworden. Aber noch leiden sie unter den eingewurzelten Vorurteilen, dass das Weib von Natur aus minderwertig sei. […] Und jetzt, wo die Wirtschaftsnot schwer auf allen lastet, wo die Arbeitslosigkeit die Arbeiterschaft quält und martert, sind die Frauen schweren Angriffen und Bedrohungen ausgesetzt.“*

Während des Nationalsozialismus zwischen 1933 und 1945 wurde der Internationale Frauentag in Deutschland verboten und durch den Muttertag ersetzt. Auch im Austrofaschismus wurde der 8. März verboten. In den faschistischen Ländern ist jedoch der proletarische Frauenkampftag durch die Beteiligung unter anderem am bewaffneten Widerstand lebendig geblieben.

In der Geschichte der Internationalen Frauenbewegung hat es viele Abweichungen vom ursprünglichen proletarischen Frauenkampf gegeben. Zum Beispiel vertraten die Suffragetten in den 20er Jahren nur die Interessen der Frauen des Bürgertums und ignorierten die Lage der Arbeiterinnen und die Arbeiterinnenkämpfe. Ein anderes Beispiel aus den späteren 60er Jahren ist die Rote-Socken-Bewegung, die die Männer als Hauptursache der Unterdrückung der Frauen, aber auch der Gewalt des Rassismus und Faschismus betrachtete und den gemeinsamen Kampf von Männern und Frauen ablehnte.
Während der 8. März in sozialistischen Ländern zum Staatsfeiertag wurde, ist dieser Tag in der Nachkriegszeit in vielen Ländern in Vergessenheit geraten, was sich in den 70er Jahren, als die feministische Bewegung einen neuen Aufschwung bekam, änderte. Im Jahr 1975 wurde der 8. März als Internationaler Frauentag von den Vereinten Nationen anerkannt. Seitdem wird an diesem Tag in jeder Ecke der Welt für die Frauenrechte gekämpft. Der Weg zur Emanzipation und Gleichberechtigung der Frauen ist allerdings noch sehr lang!

8.März: Internationaler Frauenkampftag!

Schließt euch zusamme, für eine neue Frauenbewegung im Sinne des proletarischen Feminismus!

Was auch immer die Herrschenden von der angeblichen Emanzipation der Frauen daherreden, welche "Maßnahmen" sie auch setzen - die imperialistische herrschende Klasse hat bewiesen, dass sie der Frau keine Emanzipation geben kann.

Wir wissen, *dass eine Angleichung der Arbeiterin an den Arbeiter, das formelle gleiche Recht, uns vielleicht gleichberechtigt ausbeutet, jedoch sicher nicht emanzipiert!*

Und dennoch kämpfen auch wir für "Gleichen Lohn für gleiche Arbeit!" und "Das volle Recht auf Schwangerschaftsabbruch!".
Warum? Nicht, damit sich die Frauen (und Männer) der Arbeiterklasse den "verbesserten" Ausbeutungsbedingungen unterwerfen - wir führen den Kampf um die ökonomischen und politischen Rechte der Frau, um die Bedingungen für den Kampf zum Sturtz des Imperialismus zu verbessern!

Kampf dem Patriarchat und der doppelten Ausbeutung der Frau - heißt Kampf dem Imperialismus!

Das Patriarchat ist schon tausende Jahre alt, es begann mit dem Privatbesitz an Produktionsmittel und der Spaltung der Gesellschaft in Klassen.
Es sind im Wesentlichen drei Stützen, welche das Patriarchat auch heute, im Imperialismus noch bedingen:

1. Der Privatbesitz an Produktionmitteln, von welchem die Frau ausgeschlossen ist, und sie selbst somit zum Produktionsinstrument (Kinder, Haushalt, sexuelle Befriedigung...) wurde.

2. Das Zusammenleben in der Form der bürgerlichen Kleinfamilie, welche für die Arbeiterinnen und Werktätigen ökonomischen Zwang und Gewalt bedeutet.

3. Der bürgerliche Staat, welcher mit faschistischen Methoden, mit "sozialen" Verordnungen die Frau an den Mann und an den Staat bindet.

Im Kapitalismus, heute Imperialismus, kommt für die Mehrheit der Frauen noch hinzu, dass sie nicht bloß als "Maschine zur Reproduktion" dient, sondern zusätzlich auch noch vom Kapital, als Lohnarbeiterin ausgebeutet wird. Das ist die doppelte Unterdrückung und Ausbeutung der Frau!

Wollen wir uns emanzipieren, müssen wir die Grundlage schaffen, um diese drei Gewalten zu zerschlagen:
Als klassenbewusste Frauen, als Frauen die für ihre Emanzipation kämpfen, unterstützen wir den Kampf gegen Imperialismus und für die sozialistische Revolution in Österreich!



Frauenkampf ist notwendig! Das sehen wir überall in der heutigen Gesellschaft, da können einpaar Frauen, die uns die herrschende Klasse als "emanzipiert" und "führend" präsentiert auch nichts ändern.
Unsere Rebellion ist gerechtfertigt! Daher ist es gerechtfertigt eine Feministin zu sein. Konsequenter Feminismus kann heute jedoch nur proletarischer Feminismus sein.

Proletarischer Feminismus heißt:

...dass wir im Interesse der Arbeiterinnen, und Mädchen aus der Arbeiterklasse kämpfen. Denn zur tatsächlichen Emanzipation müssen wir uns von der Ausbeutung und Unterdrückung durch den Imperialimus befreien.

...dass wir Internationalistinnen sind! Wir wissen, dass die Mehrheit der Frauen in den unterdrückten Nationen noch stärker unter dem Patriarchat leidet. Wir wissen auch, dass sie eine große Kraft und Gewalt im revolutionären Kampf weltweit sind. Unser gemeinsame Feind ist der Imperialismus und das Patriarchat!

...dass wir in Österreich die sozialistische Revolution unterstützen, denn bereits seit Marx wissen wir, dass sich nur mit der Umwälzung der gesamten Gesellschaft die Frau emanzipieren kann. Diese Umwälzung findet in der Großen Proletarischen Kulturrevolution ihren höchsten Ausdruck.

...dass nur unter Führung des Marxismus-Leninismus-Maoismus die Emanzipation der Frau zu verwirklichen ist.

Der proletarische Feminismus beginnt jedoch nicht erst mit der sozialistischen Revolution - schon heute müssen sich klassenbewusste Frauen und konsequente Feministinnen auf revolutionärer Grundlage zusammenschließen und kämpfen!



Proletarischer Feminismus bedeutet, die revolutionäre Gewalt der Frauen zu entfesseln!

Kampf dem Patriarchat und Imperialismus!

Arbeiterinnen, kämpft für die Rechte und die Macht eurer Klasse!

"Wir sind keine "Emanzen", "turbo Feministinnen", oder überkorrekte Akademikerinnen - nein, wir sind für den proletarischen Feminismus! Wir haben genug davon, dass die Frage der Emanzipation nur von bürgerlicher, kleinbürgerlicher oder revisionistischer Seite her beantwortet werden soll. Denn ihre Antworten bringen uns keine Lösungen. Sie spalten uns in Männer und Frauen, beschränken uns auf das "private" Leben oder orientieren ausschließlich auf sogenannte Reformen und schwächen uns damit im Kampf gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Patriarchat! "

eine Aktivistin des Revolutionären Aufbaus

Arbeiterinnen, Werktätige und Mädchen: Wehrt euch und kämpft! Wehrt euch gegen das Vorurteil des Pazifismus! Wehrt euch gegen die Bevormundung durch den Parlamentarismus!

Für einen Lohn, der Frauen eine eigenständige Existenz ermöglicht!

Für das volle Recht auf Schwangerschaftsabbruch!

Kostenlose und flächendeckende Kinderbetreuungsmöglichkeiten!

Für den gemeinsamen Kampf gegen Diskriminierung und Sexismus in Schule, Uni und Betrieb!

Keine Spaltung durch Geschlecht oder Rassismus!

Tod dem Imperialismus und Faschismus!

Auszug aus dem Flugblatt des **Roten Frauenkomitees Wien** zum 8.März 2015

Die sozialen und wirtschaftlichen Rechte der Frauen fallen nicht vom Himmel!

Die Geschichte der Frauenbewegung zeigt uns, dass wir immer nur Verbesserungen erreicht haben, wenn sich die fortschrittlichen und klassenbewussten Teile zusammengeschlossen und organisiert haben! Wenn sie ihren Kampf um die Emanzipation der Frauen fest mit dem allgemeinen Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung verknüpft haben: *„Wir müssen Sorge tragen, dass der Frauentag nicht nur eine glänzende Demonstration für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, sondern darüber hinaus der Ausdruck einer Rebellion gegen den Kapitalismus, eine leidenschaftliche Kampfansage all den reaktionären Maßnahmen der Besitzenden und ihrer willfährigen Dienerschaft, der Regierung ist."* (Clara Zetkin)

Frauen: Wehrt euch und kämpft!

Die Frauen stehen heute zersplittert, entmutigt und oft entpolitisiert einem System gegenüber, dass ihre Lage ständig verschlechtert und den Druck auf sie immer weiter erhöht. Viele dieser Frauen beteiligen sich heute schon an antifaschistischen Demonstrationen, versuchen sich am Arbeitsplatz, Schule, Uni, etc. zu wehren und sich nicht verarschen zu lassen. Vereinzelt fehlt jedoch oft Mut, Zeit, Solidarität um wirklich etwas zu erreichten. Verändern können wir nur etwas wenn wir uns zusammenschließen, teilnehmen am Klassenkampf und unser Bewusstsein über die Lage der Frauen erhöhen: Zeigen wir dass wir nicht schwach und unpolitisch sind!

rotes-frauenkomitee-wien@gmx.at
fb: Rotes Frauenkomitee Wien

